Bund Deutscher Kriminalbeamter

BDK fordert: 10% mehr Einkommen bis 2009

14.01.2008

Das Ende der Fahnenstange ist erreicht - Der Landesvorstand hat die Forderung nach einer 10% Steigerung der Gehälter und Versorgungsbezüge beschlossen.

Düsseldorf, 08.01.2008 - "Genug gespart, jetzt ist die Zeit für Gehalts- und Versorgungszuwächse, die deutlich über der Inflationsrate liegen. Jahrelange Kürzungen, Eigenbeteiligung an den Kosten bei Krankheit und Nullrunden sowie Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit haben wir hinnehmen müssen - nun, da die Wirtschaft wächst, die Steuereinnahmen deutlich steigen, dürfen die Beamtinnen und Beamten nicht länger hingehalten werden. Deshalb hat der Landesvorstand die Forderung nach einer 10% Steigerung der Gehälter und Versorgungsbezüge in seiner ersten Sitzung des neuen Jahres beschlossen, erklärte der Landesvorsitzende des BDK Wilfried Albishausen heute in Düsseldorf.

Der BDK schließt sich damit ausdrücklich der Forderung der Deutschen Polizeigewerkschaft an und fordert außerdem die Rückführung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden und die Lebensarbeitszeit auf das Höchstalter von 60 Jahren.

Flexible Lösungen bei der Lebensarbeitszeit durch Lebensarbeitszeitkonten fordert der BDK seit langem.

"Die Kriminalistinnen und Kriminalisten sind es leid, ständig mit dem Hinweis auf Haushaltskonsolidierung abgespeist zu werden. Es kann nicht sein, dass ein Arbeitgeber regelmäßig zu Lasten der Mitarbeiter spart, den übrigen Haushalt hinsichtlich der Ausgaben oft fragwürdig höherschraubt. Was für die Diäten unserer Landtagsabgeordneten gilt, muss erst recht für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten gelten - auch wir haben die Inflationsrate und steigende Energiekosten zu tragen", erklärte Wilfried Albishausen heute abschließend in Düsseldorf.

Schlagwörter
Nordrhein-Westfalen
diesen Inhalt herunterladen: PDF